

RATHAUSREPORT

...zum Dritten – aber mit Bedacht

LINKE Ergänzungsanträge zum 3. Bauabschnitt der Neuendorfer Straße/Zum Kirchsteigfeld

Seit 2010 drängt DIE LINKE auf die dringend erforderliche Sanierung der Neuendorfer Straße.

Nach den ersten beiden inzwischen abgeschlossenen Bauabschnitten soll der dritte noch in diesem Jahr realisiert werden.

Der Antrag der Verwaltung für den 3. Sanierungsabschnitt sollte nach deren Willen unbedingt sofort beschlossen werden, denn es soll noch im III. Quartal gebaut werden. Doch dazu braucht es den Beschluss der Stadtverordneten, da es sich um eine beitragspflichtige Baumaßnahme handelt und sich eine Mehrheit der



Anlieger bei einer schriftlichen Anhörung im März dieses Jahres gegen diese Baumaßnahme ausgesprochen hat.

Aus der Erfahrung mit den ersten beiden Bauabschnitten, nach deren Realisierung die LINKE hartnäckig die Beseitigung von Unzulänglichkeiten beispielsweise in der Verkehrsführung und der Abmarkierung von Radwegen auf der Fahrbahn trotz Vorhandenseins eines separaten Radweges verlangte und erwirken konnte, hatte die LINKE auch zu dieser Vorlage der Verwaltung einen umfangreichen Änderungsantrag eingereicht, mit dem einestils den Anliegern für die Berechnung der Ausbaubeiträge entgegengekommen wird und andererseits die Erkenntnisse der ers-

ten Bauabschnitte einbezieht. So müsse man sich dem Votum der Anlieger stellen und in Wahrnehmung der Verantwortung für Verkehrssicherung die betroffenen Bewohner mit einem nachvollziehbaren Vorgehen überzeugen, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

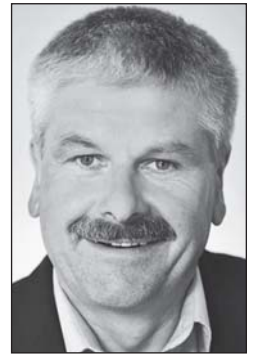
So soll die rechtlich mögliche Höchstfrist für die Begleichung der Anliegerbeiträge ausgeschöpft werden und die Kosten durch die Einholung des wirtschaftlichsten Angebotes vergleichbar mit denen der anderen beiden Bauabschnitte bleiben. Es sei weiterhin die Veranlagung des Ga-

ragengrundstückes zu prüfen, da hier vertraglich eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten des Grundstückes existieren. Die Freigabe der Nebenanlagen für den Radverkehr unabhängig von der Fahrbahn auf beiden Seiten der Straße soll ebenfalls vorgesehen werden. Ob diese auch für die Anliegerbeiträge herangezogen wird, konnte durch die Verwaltung nicht abschließend geklärt werden.

Die Ergänzungen der LINKEN zum Antrag der Verwaltung wurden einzeln abgestimmt und mehrheitlich beschlossen, bis auf einen Ergänzungspunkt, dass eine „Zusammenfassung von Hausanschlüssen bei der Schmutzwasserschließung in Grundstücken zu prüfen“ sei.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, es ging hoch her in dieser Plenarsitzung. Ich beginne mit dem Positiven. Nach den Protesten gegen die durch die Einführung der Biotonne erhöhten Abfallgebühren ist es durch das hartnäckige Agieren der Linken gelungen, eine deutliche Senkung und einen vierzehntäglichen Abholrhythmus durchzusetzen. Die Gebührensenkung greift rückwirkend zum 1.1.2016. Das kommt vielen in unserer Stadt zugute.



Heftige Auseinandersetzungen gab es zur Konkretisierung des Leitbautenkonzepts für die Potsdamer Mitte. Die gleiche Mehrheit um die Rathauskooperation, die den Abriss des „Mercur“ beschlossen und eine Bürgerbefragung abgelehnt hatte, kämpft jetzt um das Leitbautenkonzept und damit gegen das erfolgreich laufende Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte. Assistenten von Fraktionsvertretern der SPD, CDU und der Grünen bediente der Oberbürgermeister in seinem unsachlichen und arroganten Auftreten das Bild von einer abgehobenen Landeshauptstadt. Die Linksfraktion setzte trotzdem durch, dass diese wichtige Vorlage in sieben Ausschüssen beraten wird. Wir haben außerdem mit einem Änderungsantrag verlangt, dass alle Potsdamerinnen und Potsdamer in einer Einwohnerversammlung in die Beratungen einbezogen werden. Das überhebliche Auftreten der Rathauskooperation zeigte sich auch in der Ablehnung des Antrages der Linksfraktion zum Verzicht auf die geplante Einengung der Fahrbahnen in der Zeppelinstraße.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Respekt vor Bürgerbeteiligung

Wie ein König mutet er an, Jakob I., als er zu seinen Untertanen sprach und uns in barmherziger Weise davor beschützen wollte, Fehler zu begehen. Er warnte davor, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur alle 5 Jahre an die Wahlurne begeben, sondern sich auch einfach so für ihre Belange einsetzen. Und das tun sie deshalb, weil sie sich von der Mehrheit der SVV und nicht zuletzt durch den Oberbürgermeister nicht vertreten fühlen.



Nachdem er die Potsdamer in seine Kolumne väterlich belehrte, nichts Falsches zu tun und „ganz genau hinzuschauen“, warnte er kurze Zeit später die Stadtverordneten „sich durch das Begehren von notwendigen und wichtigen Entscheidungen im Hinblick auf die Stadtmitte abbringen zu lassen“. Wozu eine SVV, wozu Bürgerbeteiligung, wozu eine eigene Meinung haben oder wozu selber denken, wenn Herr Jakobs weiß, was für uns gut ist? Er hat immer noch keine Ahnung, worum es geht. Stadtentwicklung dient eben nicht der Selbstverwirklichung Einzelner, sondern ist die demokratische Mitbestimmung vieler. Die Potsdamer wollen an der weiteren Entwicklung ihrer Stadtmitte beteiligt werden und dafür dient das Begehren. Zudem sagt keiner, dass alles bleiben soll wie es ist. Vorhandenes soll weiterentwickelt und mit Neuem ergänzt werden. Gemeinsam soll die Potsdamer Mitte gestaltet und belebt werden. Das ist der Kern der Botschaft.

Jakobs verzweifelte Störaktionen sind Zeichen seiner Unsicherheit und bestärken das Anliegen. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, politische Vorgänge zu bewerten. Jeder hat das Recht auf (s)eine eigene Meinung und jeder hat das Recht, diese öffentlich zu vertreten. Davon lebt Demokratie und ich denke, dass eine sachliche Debatte die Stadtgesellschaft bereichert und voranbringt. Daher halte ich es nicht für zielführend, dass der OB explizit Menschen auffordert, nicht zu unterschreiben. Es muss keiner unterschreiben, das Bürgerbegehren wirbt mit Argumenten um eine Unterschrift. Gleiches steht der anderen Seite auch zu.

Sascha Krämer

Keine Beutel in Dogstation

Sascha Krämer hatte die Beschwerden von Schlaatzern aufgenommen, dass die Hundekotbeutelstationen im Wohngebiet nicht nachgefüllt werden.

Andreas Goetzmann versicherte, dass die städtischen Stationen von der STEP regelmäßig gewartet und betreut werden. Da aber nicht alle städtisch sind, könne man für die anderen keine Garantie übernehmen. Nach dem städtischen Konzept sollen die privaten abgebaut und vier weitere Stationen aufgestellt werden.

Anbindung Zentrum Ost

Hans Jürgen Scharfenberg wollte wissen, wie die Verwaltung mit dem Ergebnis der Einwohnerversammlung Zentrum Ost umgeht, die sich eindeutig dafür ausgesprochen hatte, die Anbindung an die Nuthestraße wieder herzustellen, wie es die LINKE bereits gefordert hatte.

Andreas Goetzmann verwies auf Verfahrensfragen und bat sich noch Zeit bis Juni für die Bearbeitung eines Vorschlages an die Stadtverordnetenversammlung aus.

Respekt gegenüber dem Bürgerbegehren

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte mit seiner Frage die Befürchtung geäußert, dass der Oberbürgermeister den Respekt gegen-

über dem Bürgerbegehren vermissen lasse und „als Gegenmaßnahme“ eine schnelle Entscheidung zur Konkretisierung des Leitbauteilkonzepts noch vor der Sommerpause anstrebe. Jann Jakobs beharrte darauf, dass er das Recht für sich in Anspruch nehme, seine persönliche Meinung zu äußern. „Das Amt verpflichtet mich nicht, politisches Neutrum zu sein“, sagte er.

Fahrradständer am Bahnhof Park Sanssouci

Den schlechten Zustand der Fahrrad-Abstellanlagen am Bahnhof Park Sanssouci bemängelte Michél Berlin.

Andreas Goetzmann bestätigte den deutlichen Bedarf, Fahrradparkplätze zu schaffen. Nachdem die Stadt am Hauptbahnhof eine Anlage für 550 Fahrräder und am Bahnhof Charlottenhof für 160 Fahrräder geschaffen hat, seien nun die Bahnhöfe Babelsberg, Medienstadt, Griebnitzsee und Park Sanssouci im Blick. Dazu gebe es aber noch keine planerischen Vorläufe. Zum Bahnhof park Sanssouci erklärte Goetzmann, dass die Fahrrad-Abstellanlage „eher auf der Südseite des Bahndammes“ gebaut werde, da man auf der anderen Seite durch das private Bauvorhaben, auf das die Stadt keinen Einfluss habe, eingeschränkt sei.

Abgelehnt

Modellversuch Zeppelinstraße

Den Modellversuch zur Verengung der Zeppelinstraße aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07. Oktober 2015 über das Gesamtpaket der Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung in der Zeppelinstraßen herauszunehmen – diesen Antrag der LINKEN lehnte die Mehrheit der Stadtverordneten ab, obwohl klar sei, dass es in diesem Jahr diesen Modellversuch nicht gibt. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies auf die fehlende Akzeptanz des Umlandes und die bislang nicht realisierte Busspur. Mit dem Beharren auf dem Modellversuch sende man ein falsches Signal an das Umland. Abgelehnt

Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam

Abgelehnt wurde der Antrag der LINKEN, bei Ausschreibungen von Grundstücken durch den Unternehmensverbund Pro

Potsdam die Mitglieder des Hauptausschusses zur Öffnung der Gebote einzuladen. Die Praxis, wie sie bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt angewendet wird, habe sich bewährt und würde auch die Grundstücksverkäufe durch die Pro Potsdam transparenter machen.

Erledigt

Abfallkalender

Jeweils zum Jahresende soll künftig an jeden Potsdamer Haushalt ein Abfallkalender verschickt werden mit den aktuellen Informationen rund um die Abfallentsorgung.

Neben den Entsorgungsterminen werden auch die Wertstoffhöfe mit Öffnungszeiten und Informationen zur Schadstoff- und Sperrmüllentsorgung veröffentlicht. Damit ist dem Anliegen der LINKEN, eingebracht mit einem Antrag im März 2016, entsprochen.

Beschlossen

Ergänzung Winterdienstsatzung

In der Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung sind zwar die Pflichten zur Abstumpfung der Fahrbahn eindeutig geregelt, aber nicht die Pflicht zur Beseitigung der abstumpfenden Mittel, insbesondere des Splitts. Das soll nun ergänzt werden, wie mit dem Antrag der LINKEN beschlossen wurde.

Straßen-Sondernutzung

DIE LINKE hatte die Überarbeitung der Satzung über die Sondernutzung von öffentlichen Straße in Potsdam angeregt. Die Verwaltung legte eine Neufassung vor, wozu die Fraktion der LINKEN mehrere Änderungsvorschläge formulierte. Übernommen wurde der Vorschlag der LINKEN, die Gebühren für Kleinkunst/Darbietung, Spezial- und Traditionsmärkte sowie Trödelmärkte nicht zu erhöhen. Der Vorschlag, die Gebühr für die Nutzung

der Straße für Filmaufnahmen von 65 auf 80 Euro je Drehtag zu erhöhen, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der Vorschlag der LINKEN, die Gebühr für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen für Baustellen im „Blauen Netz“ um weitere 50 Cent auf 3 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen. Und das obwohl die Verwaltung bereits eine im Sinne des Antrages geänderte Anlage ausgereicht hatte.

Verkehrerschließung Krampnitz

Zur Verkehrerschließung des Eingangsbereiches des Entwicklungsgebietes Krampnitz war ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt worden, der zu fünf verschiedenen Vorschlägen geführt hatte. Zur weiteren Erarbeitung von Lösungen hat die LINKE in einem Ergänzungsantrag vorgeschlagen zu prüfen, „wie ergänzend zum Entwurf der Wettbewerbsieger auch eine zusätzliche kreuzungsfreie Anbindung für Fußgänger und Radfahrer vom Quartier Krampnitz zum Seeufer realisiert werden kann“. Ralf Jäkel verwies auf den Hinweis des Bauausschusses, dass mehrere Wett-

bewerbsteilnehmer solche Lösungen vorgeschlagen hätte. Der Antrag wurde angenommen.

Stadtteolförderung verstetigen

Bis 2017 ist die städtische Co-Finanzierung des Förderprogramms für den Stadtteil Schlaatz gesichert. Gut entwickelt habe sich das Neubaugebiet seit 2007 durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Dieses sollte unbedingt weitergeführt werden, begründete Sascha Krämer den Antrag der LINKEN. Auf der kürzlich durchgeführten Stadtteilkonferenz war die Erwartung ausgesprochen worden, die angestoßenen Projekt nachhaltig zu sichern und weiterzuführen. Das könne der Stadtteil mit den Ehrenamtlichen nicht allein, es braucht die weitere Förderung unter anderem mit dem Programm „Soziale Stadt“, wozu die Stadt die Eigenanteilfinanzierung sichern muss. Durch den hohen Anteil an Arbeitslosen und Migranten seien soziale Angebote im Stadtteil besonders wichtig. Der Antrag wurde beschlossen.

Überwiesen in Ausschüsse

Verantwortung der STEP

Die LINKE wollte mit einem Antrag die Verantwortung der STEP für eine eigene Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Haushalten, insbesondere auch über die Gebühren und deren Einziehung auf der Grundlage der SVV-Beschlüsse erhöhen. Dies war mit dem Argument abgelehnt worden, dass die STEP private Mitgesellschafter habe, denen man dieses nicht zuweisen könne. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete nun die Änderung des eigenen Antrages dahingehend, dass die Stadtwerke Potsdam diese Aufgabe übernehmen könne. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft zurück überwiesen.

Integrationsgarten am Schlaatz

Eine Grundfinanzierung für die Weiterführung des Integrationsgarten am Schlaatz soll im Haushalt 2017 gesichert werden. Seit Bestehen des Integrationsgartens werde er über Projektmittel finanziert. „Der Integrationsgarten ist zu einer Heimstatt vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund geworden, die aus der ganzen Stadt kommen“, begründete Jana Schulze, doch auf Dauer sei die Arbeit nicht über befristete Arbeitsmarkt- und Projektförderung zu gewährleisten. Jetzt soll der Finanzausschuss über eine

Grundfinanzierung von Personal- und Sachkosten ab 2017 beraten.

Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee

Mit der Erarbeitung eines Städtebaulichen Sanierungskonzeptes für die Kastanienallee in Potsdam West soll der Oberbürgermeister beauftragt werden. Das sieht ein Antrag der LINKEN vor, den Ralf Jäkel begründete. Es gehe um den Straßenkörper und einen behutsamen Umgang mit den wertvollen Kastanienbäumen sowie dem Natur-Großsteinpflaster. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, bauen und Verkehr sowie den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen.

Verkehrliche Untersuchung Schopenhauerstraße

Eine verkehrstechnische Untersuchung ist in Auftrag zu geben, die verschiedener Szenarien einer Verbindung des nördlichen mit dem südlichen Teil der Schopenhauerstraße mit Anbindung an die Charlottenstraße beinhaltet. Die seit mehreren Jahre praktizierte Trennung der südlichen und nördlichen Schopenhauerstraße habe zwar zu einer Verkehrsberuhigung in der Charlottenstraße geführt, aber einen starken Verkehrsstrom von der Breiten Straße

zur B 273 bewirkt. Ein Vergleich verschiedener Varianten soll zur Optimierung der Verkehrsströme führen, begründete Ralf Jäkel. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, bauen und Verkehr sowie den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen.

Radverkehrsführung Landtag Brandenburg

Erneut geprüft werden soll die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrern auf der Wegeführung am Landtag. Die sogenannten „Gutmenschenschilder“, die zur Rücksichtnahme auffordern, hätten keine Wirkung gehabt, stellte Michél Berlin fest. Es seien andere Maßnahmen nötig, über die die Verwaltung nach der Sommerpause im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr berichten soll.

Bürokratiehürden abbauen

Die Antragstellung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket soll erleichtert werden. Das will ein Antrag der LINKEN erreichen, den Jana Schulze begründete. Dabei sei darauf hinzuwirken, dass nur eine Anlaufstelle auf kommunaler Ebene eingerichtet wird, die auch beim Ausfüllen der Anträge unterstützt. Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr:

23. und 30. Mai 2016; 06.; 13. und 20. Juni 2016

21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

01. Juni 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen

„Rathausreport live“

05. Juni 2016, Beginn 10 Uhr

Kino-Café Konsum (am Kino Thalia), Rudolf-Breitscheid-Straße 50 in Babelsberg

Ausgabe „Rathausreport“

Nummer 3/2014

Stadthaus, Raum 3.107

10. Juni bis 14. Juni 2016

Info- Stände in den Stadtteilen

10. und 11. Juni 2016

Mit Ausgabe des Rathausreport und Informationen zu den Ergebnissen der Stadtverordnetenversammlung am 01. Juni 2016

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

17. Mai 2016, ab 17 Uhr

im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Vorankmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331-6005069 oder Mail:

buero.scharfenberg@gmx.de

Zuspruch für Engagement der LINKEN

In den Hausgemeinschaftsklub in der Burgstraße hatte Heinz Wilczek zum Politfrühschoppen eingeladen, weil es einen möglichst kurzen Weg zum sowjetischen Ehrenfriedhof brauchte, denn eine Teilnahme an der feierlichen Kranzniederlegung zum Jahrestag der Befreiung auf dem Basinsplatz war für die meisten selbstverständlich.

Dennoch blieb Zeit für Dr. Karin Schröter, die Stadtverordnetenversammlung aus Sicht der LINKEN auszuwerten, und einmal mehr wurde die Fraktion der LINKEN darin bestärkt, sich für die Unterschriftensammlung im Bürgerbegehren, für den Erhalt des Mercure und der Fachhochschule einzusetzen. Auch die Fachhochschule sei ein funktionsfähiges Gebäude, die unansehnliche Erscheinung liege daran, dass es mit der Abrissperspektive seit 20 Jahren keinerlei Erhaltungsmaßnahmen gegeben habe. Ralf Jäkel benannte auch einen Verfahrensfehler der Verwaltung bei ihrem Antrag zur Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes, weil die Anlage mit der Pla-



nungsskizze der geplanten Blöcke III und IV den Stadtverordneten nicht vorgelegen habe. Somit seien die Unterlagen unvollständig und der Beschluss anfechtbar, meinte er. Auch in ihrem Einsatz für die Wiedereröffnung der Abfahrt von der Nuthestraße in das Zentrum Ost wurde die LINKE durch die Bürger bestärkt, wie auch in ihrem Engagement gegen den Modellversuch mit der Verkehrseinschränkung in der Zeppelinstraße. Honoriert wurde auch das Bemühen der Fraktion um einen nunmehr 14-täglichen Abfuhrhythmus bei der Biotonne, der die Kosten merklich reduziert.

Bestandsabriss für neue Leitbauten?

Just, als das Bürgerbegehren „Potsdams Mitte neu denken“ in Fahrt kommt, Zeitungen fast täglich Tausenderschritte auf den Unterschriftenlisten melden, will die Verwaltung vollendete Tatsachen schaffen: Sie legte den Antrag „Sanierungsgebiet ‚Potsdamer Mitte‘, Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV“ vor und sorgte damit für einen heftigen Schlagaustausch um das künftige Antlitz der Potsdamer Mitte. Denn ein Ergänzungsantrag der LINKEN fordert den Oberbürgermeister auf, „im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.“

Für die viel zitierte „behutsame Wiedernäherung an die historische Mitte“ brauche man die Akzeptanz der Potsdamer, führte Hans-Jürgen Scharfenberg aus. Die Mehrheit der Rathauskooperation in der Stadtverordnetenversammlung bedeute noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Das Bürgerbegehren mit schon über 10000 Unterschriften belege, dass die Bevölkerung in die Entscheidungen zur Stadtentwicklung einbezogen werden will.

Der Antrag der Verwaltung und der Ergänzungsantrag wurden in die Ausschüsse überwiesen, auf Antrag der LINKEN auch in den Kultur- und den Sozialausschuss.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam